

Vaterschaftsurlaub? Zeit zum Umdenken!

Die Mütter in unserem Land haben seit 2005 Anspruch auf 14 Wochen bezahlten Mutterschaftsurlaub. Ein Tag bezahlter Urlaub – so viel Zeit steht Vätern in der Schweiz heute bei der Geburt ihres Kindes arbeitsrechtlich zu. Die Volksinitiative «Für einen vernünftigen Vaterschaftsurlaub – zum Nutzen der ganzen Familie» will dies ändern und fordert vier Wochen Vaterschaftsurlaub. Der Bundesrat lehnt das Begehren ab, die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Ständerates stellte mit einem indirekten Gegenvorschlag zwei Wochen Vaterschaftszeit zur Diskussion.

In der Debatte im Ständerat unterstützte ich weder die Initiative noch den Gegenvorschlag. Dies aber nicht, weil ich Vätern nach der Geburt keine Zeit mit ihrem Nachwuchs gönnen würde. Ich lehnte beide Vorschläge ab, weil ich sie nicht als zeitgemäss erachte, wir von Pflasterlipolitik wegkommen und anders zu denken beginnen müssen. Weil das Kinderhaben Aufgabe der Eltern und nicht ausschliesslich der Mutter ist. Und weil Frauen nicht einseitige finanzielle- und karrierebremsende Nachteile erleiden sollen. Darum muss die Vereinbarkeit von Beruf und Familie auf gesellschaftspolitischer Ebene für beide Elternteile gefördert werden. Dazu gehört meines Erachtens eine bezahlte Betreuungszeit nach einer Geburt für alle Lebensgemeinschaften, deren Ausgestaltung und Verteilung von den Partnern selber gewählt werden kann – und die den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bedürfnissen Rechnung trägt.

Ob uns dies passt oder nicht – schon heute sind neue Modelle wie die Ehe für gleichgeschlechtliche Paare in der Vernehmlassung. Und später, gibt's dann einen Homo-Ehe, einen Transgender-Urlaub, wenn diese Paare sich für ein Kind entscheiden? Sowohl die Initiative wie auch der Gegenvorschlag antizipieren die Entwicklungen in unserer Gesellschaft nicht und wären bereits veraltet, wenn sie in Kraft treten. Die Einführung einer «Elternzeit» könnte dies verhindern und hat auf familien- und gesundheitspolitischer Ebene positive Auswirkungen. Und sie fördert die Gleichstellung von Mann und Frau, weil diese eigenverantwortlich entscheiden können. Gleichzeitig profitiert auch die Wirtschaft, da die Erwerbsquote der Frauen erhöht und dadurch dem Fachkräftemangel entgegengewirkt werden kann.

HANS WICKI, Ständerat NW
Erfahren. Engagiert. Lösungsorientiert.

